

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Größtenteils: Tagesblatt Riesner, General Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Witten.

Postfachkonto: Dresden 1680
Circulanz Riesner Nr. 52.

Nr. 272.

Dienstag, 28. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 10 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. **Wichtigster Rabatt** erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Räumung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. **Wichtigste Unterhaltungsbeilage** „Zugler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse das Verzeichnis der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Kontaktperson** und **Verlag**: Renger & Winterlich, Riesner. **Geschäftsjahr**: vom 1. April bis zum 31. März. **Verantwortlich für Redaktion**: Heinrich Hoffmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesner.

Poincaré und Herriot.

„Brüder am Krankenlager.“

Herr Poincaré und sein nachgeordneter Ministerkollege, der radikale Herr Herriot haben gestern dem französischen Volke ein schönes, das Herz eines jeden Parisers erbebendes Schauspiel. Zwar nicht tatsächlich, aber doch im Geiste Arm in Arm, umfost von einer Dation aus tiefster gerührter Menschen, waren sie gleichsam Apoptose, Sinnbild der Einigkeit, die über das schwergeprüfte Frankreich angebrochen ist. „Brüder am Krankenlager der Mutter.“ So unglücklich die tiefere Bedeutung des historischen Augenblicks. Poincaré: Die Einigkeit muß geschaffen werden, nicht nur für einige Tage und Wochen; es ist eine Arbeit von langer Dauer, die wir begonnen haben. Herriot: Meine Partei rechnet es sich zur Ehre an, daß sie immer demokratisch und zugleich immer national gewesen ist. Also immerhin, der Rahmen ist um das Bild festgelegt. Die Farben des Bildes sind in ein lichtes Himmelblau getaucht. Die apirituelle nationale Einheit scheint Wirklichkeit zu sein. Einleitende Worte und Worte sind zweierlei. Sie können etwas sagen wollen, sie können weiten lassen, das sie etwas nicht sagen wollen. Manchmal ist gerade das, was sie nicht zu sagen beabsichtigen, das Wichtigste. Und das andere Staffage, Harmonien, die einfüllen sollen. Brüder Herriots Worte rührten uns sehr. Wie ja alles, was diese leisen und fastlichen Brüder im Geiste der Opposition jenseits unserer Grenze zu sagen pflegen, herablich ist, voll eines erquickenden empfindungsvollen Pathos. Brüder Briand sprach auch einmals wunderbare und prächtige Worte. Sie erklangen im Geiste der Völkerbundsaal. Und als sie gesprochen waren, da dachte vielleicht mancher, eine Zeit habe sich geändert. Aber diese Hoffnung war nur ein leiser Silberfaden. Solche Silberfäden verfallen sehr rasch, wenn der Pathos vertraut ist und Redner und Zuhörer wieder nüchtern geworden sind.

Somit über die tiefere Bedeutung der brüderlichen Reden jenseits des Rheines. In Paris kennt man die alte Melodie. Kein Herrmann an der Seine läßt sich durch solche „historische Augenblicke“ auch nur irgend etwas in seinem vorgearbeiteten Manuskript verfeinern. Die Brüder am Krankenlager der französischen Mutter haben ihren Tränenstrom erwischt. Mit gestemter Begeisterung hat das erschütternde Frankreich das Sentimentale der Stimmung mitempfunden. Und sich flugs dann am anderen Tage ans Werk gesetzt — die alte Raubbargerei wiederum aufzunehmen.

Also man glaubt nicht recht an diese Einigkeit. Und will in den freudvollen Worten Poincarés bei den Einweihungsfeierlichkeiten einer Schule in Tarbes nichts anderes sehen als einen scharfen Angriff Poincarés gegen die Vorkämpfer, vor allem gegen die Sozialisten des Herrn Herriots. Dasselbe Herrn Herriot, der am Sonntag Arm in Arm mit Poincaré die Einigkeit proklamierte. So braucht über diese Einigkeit nichts weiter gesagt zu werden. Die in Wirklichkeit nicht beachtet, sondern lediglich erkehrt wird durch einen, leise ausgedrückt, scharfen Meinungsunterschied über die Sanierung der Welt.

Poincaré will anscheinend, wenigstens in der nächsten Zeit, keine Stabilität des Franken. Seine Absichten lauten auf eine Auswertung des gesunkenen Frankens. In der Ueberzeugung, daß eine Auswertung der wirtschaftlichen Katastrophen vermeiden könnte, die eine sofortige Stabilisierung unbedingt mit sich bringen muß. Nun hat jedoch die plötzliche Aufwärtsbewegung des Frankens gezeigt, daß auch die Auswertungsmaßnahme ihre Schattenseiten hat. Der Frankensatz folgte auf dem Fuße eine Devisenbaute, die viele Privatvermögen, die gestern noch bestanden, in Nichts auflöste. Eine Erschütterung, die doppelt bedenklich ist, als sie sich auszuwirken beginnt, kaum daß mit der Auswertung angefangen worden ist. Das heißt die Erkenntnis, daß die Auswertung ganz an ähnliche wirtschaftskatastrophen gebunden ist, die eine plötzliche Stabilisierung nach sich zu ziehen pflegt. Es bleibt nur die Frage, welche von den beiden Methoden die kostspieligere ist. Und darüber sind sich die Gelehrten in Paris noch nicht einig.

Aber Poincaré hat zur Zeit tatsächlich in Frankreich die Macht in Händen. Das besagt gleichzeitig, daß seine Ansicht über das Sanierungsproblem die richtige zu sein hat. Die Kammer ist in ihrer Mitbestimmung an der Gestaltung der Weltfrage ausgeschaltet. Nicht nur in innenpolitischen Beziehungen, auch in der Lösung der augenblicklich wichtigsten außenpolitischen Probleme ist Poincarés Wille souverän. Alle Voraussetzungen für seine Diktatur sind gegeben. Poincaré ist im wahren Sinne des Wortes der Herrscher. Und da die anderen, die nicht ganz seiner Meinung sind, auch nicht allzu großes Vertrauen in ihre eigene Meinung hineinlegen, so überläßt sie mit unverkennbarer Bereitwilligkeit dem Diktator die Führung. Die Grundtendenzen dieser Radikalität: Angst vor der Verantwortung.

Weder Herr Poincaré, wenn sein Auswertungsplan nicht gelingt! Das wahre Gesicht der heutigen „Einigkeit“ wird dann sehr schnell seine ursprüngliche Färbung wiederbekommen. Immerhin, Herr Poincaré als kluger Mann und Diplomat baut auf einem Fiasko vor. Macht in Politik auf welche Sicht. Droht und warnt und ergeht sich in Klagen, schließlich auch in Widersprüchen. Wenn er sagt: Die neue Gefahr ist weniger groß; sie ist zum Teil schon überwunden, aber sie besteht noch weiter und kann leicht anwachsen, wenn die Einigkeit nicht gewahrt bleibt.“ Was soll man von solchen widersprüchlichen Worten halten? Man könnte höchstens schließen, daß Poincaré sich ein Diktatorat offen läßt. Wenn dies geht, dann laßt sich an der unrichtigen „Einigkeit“. Mit einer solchen Definition läßt sich alles machen.

Frankreich und das Investigationsproblem.

Eine offizielle Auslassung.

* Paris, 28. November. Der Interaktionsrat bringt am Montag angeblich aus autorisierter Quelle einen Artikel, der die reine Wahrheit über die Kontrolle der deutschen Abwehrungen. Danach werde man deutscherseits die Aufklärung der Interalliierten Militärkontrolle an, um gleichzeitig die Durchführung des Investigationsrechtes des Völkerbundes in Deutschland umzusetzen zu machen. Das Blatt betont dabei, daß französischerseits eine ständige Kontrolle der Rheinlande nach dem Abzug der Besatzungstruppen vorgesehen worden sei und daß Briand und Paul Boncour diese Auffassung entschieden verteidigten. Der sehr lebhaft überstand im Völkerbundsrat habe aber verhindert, daß der Vorschlag der beratenden Kommission bisher einer zweckmäßigen Diskussion unterzogen werden konnte. Hier sei das Problem stehen geblieben. Deutschland habe ebenfalls vor Locarno in Paris wissen lassen, daß es unter keinem Vorwand zuzulassen werde, daß eine ständige Kontrolle, die im Versailles Vertrag nicht festgelegt ist, auch nur zur Diskussion vorgelegt werde. Man müsse daher darauf bedacht sein, nicht die permanente Kontrolle im Rheinlande mit dem Investigationsrecht auf dem germanischen deutschen Gebiet, das im Sinne des Artikels 213 des Versailles Vertrags ausgedeutet wird, zu verwechseln. Dessen Durchführungsregeln habe der Völkerbundsrat seinerzeit mit Stimmeneinheit beschlossen. Dieses Realelement bestimme alle Einzelheiten. In der Spitze der Kontrollkommission bestünde ein General Direktor. Das Dokument könne nur wieder mit Stimmeneinheit des Rates abgeändert werden. Das sei die Auffassung, von der die französische Regierung nicht abweichen dürfe. Gegen diese laute nun Deutschland Sturm. Es wolle eine Investigation ohne die Stimmeneinheit eines deutschen Verbindungsoffiziers nicht zulassen und damit die unangenehme Kontrolle des Völkerbundes verhindern. Darum müsse man von Deutschland, bevor die Abberufung der Interalliierten Kontrollkommission statthabe, die Unterzeichnung einer Verpflichtung verlangen, sich der Investigation, wie sie der Völkerbund ausgearbeitet habe, zu unterwerfen.

Von französischer zutändiger Seite bemerkt man in Bezug auf diesen Artikel des Interaktionsrat, daß der Uebertragung der Abwehrungskontrolle auf den Völkerbund in der von dem Blatte vorgeschlagenen Weise geregelt werden

musse. Erneut betont man, daß niemals die Absicht der französischen Regierung gewesen sei, eine permanente Kontrolle des Völkerbundes zu verlangen. Die Organisation des Investigationsrechtes und die Tätigkeit der mit der Durchführung beauftragten Kommission bilde das Problem, das sich gegenwärtig darbiete und dessen Lösung bedingt sei durch das politische Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich.

Die englische Auffassung in der Entwaffnungsfrage.

* London. In politischen Kreisen Londons wird heute die Nachricht bekümmert, daß sich Chamberlain über Wahrscheinlichkeit nach zu dem am 6. Dezember in Genf stattfindenden Tagung des Völkerbundsrates begeben werde. Das wird auch für den Fall zutreffen, daß Briand und Stresemann nicht an dieser Tagung teilnehmen sollten. Die genaue Abstimmung der englischen Delegation stehen zwar im Augenblick noch nicht fest, lassen sich aber in großen Zügen wie folgt umschreiben:

England wünscht die ganze Abrüstungsfrage sobald wie möglich erledigt zu sehen. Insbesondere wird in politischen Kreisen auf die Schwierigkeiten, auf die man in dieser Frage in Frankreich stoßt hingewiesen, so daß die englische Diplomatie in Paris keine leichte Aufgabe haben wird. Auf die englischen Vorstellungen in Paris sei immer wieder die Bitte der unerfüllten Forderungen vorgetragen worden. Unabhängig davon läuft nach englischer Auffassung die Frage der künftigen Kontrolle der deutschen Abrüstung. Der bereits vor 18 Monaten fertiggestellte Plan für die Völkerbundskontrolle sei deutscherseits in diesem oder jenem Punkt beanstanden worden, worauf man Berlin habe wissen lassen, daß alle diese Einwände auf der am 6. Dezember stattfindenden Völkerbundstagung vorgebracht werden könnten. Gleichzeitig wird auf die französische Forderung hingewiesen, daß eine Zwischenschlichtung entfallen könnte, falls die Interalliierte Kontrollkommission aufgelöst werde, bevor man sich über den Plan der Völkerbundskontrolle geeinigt habe. Dielem Plan zufolge wird es sich um keine ständige Kommission mit einem bedingten Vorbehalt handeln, sondern im wesentlichen um die Aufstellung einer Liste von Sachverständigen, die von Fall zu Fall für die Untersuchung bestimmter von irgend einer Seite aufgeworfener Einwände ernannt werden sollen.

Arisenfürsorge für Erwerbslose.

* Berlin. Am 21. November ist das Gesetz über eine Arisenfürsorge für Erwerbslose in Kraft getreten. Derselbe durch werden die Gemeinden verpflichtet, eine besondere Arisenfürsorge für Erwerbslose, die die Höchstdauer der Unterstützung überschritten haben, einzurichten. Die Voraussetzungen für die Arisenfürsorge sind grundsätzlich dieselben wie für die Erwerbslosenfürsorge. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit. Erwerbslose, die Arisenfürsorge erhalten, sind bevorzugt zu öffentlichen Vorkenntnissen heranzuziehen. An dem Aufwand der Arisenfürsorge sind die Gemeinden mit 25 Prozent beteiligt, die restlichen 75 Prozent trägt das Reich. Die Geltendmachung des Gesetzes ist bis zum 31. März 1927 beschränkt.

Deutsche Not in Wolhynien.

Angehts der Bedrückung und der Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes unserer oberösterreichischen Landsleute in Polen hat sich die deutsche Öffentlichkeit bis jetzt leider recht wenig mit den traurigen Verhältnissen beschäftigt, unter denen heute deutsche Bevölkerungsgruppen in Wolhynien zu leiden haben. Durch die Tatsache, daß diese Gruppen kein einheitliches Ganges bilden, ist ihnen die Möglichkeit genommen, ihre Ansprüche und Forderungen auf parlamentarischer Grundlage zu vertreten. Sie sind mehr oder weniger auf die Hilfe der deutschen Fraktion im Sejm angewiesen, deren Mitglieder zum Teil aus Oberschlesien stammen, die also mit den Verhältnissen in Wolhynien aus eigener Erfahrung wenig vertraut sind. Und doch ist die Not der Deutschen Wolhyniens nicht geringer als das Elend der Oberschlesier. Nicht nur, daß die Kriegsschäden noch nicht ausgeglichen, die Wohnungen vielfach noch nicht wieder aufgebaut sind, es sind auch die Verträge mit dem Großgrundbesitzern zum Teil verfallen, die deutschen Bäcker von Haus und Hof vertrieben, ihre Häuser hinter ihnen abgebrannt worden, und die Bewohner zum Teil gezwungen, in Erdhöhlen zu hausen. Die Hilfe, die diesen deutschen Landsleuten zur Verfügung steht, entspricht auch nicht im geringsten ihrer erschütternden Not. Wohl sorgen die deutschen Verbände in Polen dafür, daß die geistige Sammlung und Wiederherstellung des Deutschtums in Wolhynien nicht zum Abdriften kommt. Aber, um einen wirksamen Kampf gegen den Unmut und die Verarmung der deutschen Bevölkerung zu führen, fehlen den deutschen Verbänden die Mittel.

In Polen besteht ein Landesverband für innere Mission. Unter Führung des Wlarsz Kammer hat dieser Verband schon durch sein tatkräftiges Eingreifen zugunsten der hungernden Wolgaden Deutschen von sich sprechen gemacht. Er läßt sich erkennen, daß sein Wirken zum Besten des Gesamtdeutschtums nurmehr auch den deutschen Bevölkerungsgruppen in Wolhynien zugute kommen soll.

In Deutschland würde man es selbstverständlich mit herzlichster Genugtuung empfinden, wenn durch die Selbsthilfe des aus dem Mutterland geriffenen Deutschtums wenigstens die Einzelnot unserer deutschen Brüder erträglich gestaltet wird.

Die erste Landtagsitzung.

18. Dresden. Auf der Tagesordnung der ersten Landtagsitzung am Donnerstag nachmittags 1 Uhr steht als einziger Punkt die Wahl des Präsidenten. Die zweite Sitzung dürfte sich mit der Wahl des Ministerpräsidenten beschäftigen. Die Wahl des linkssozialistischen Abg. Schwarz zum Landtagspräsidenten gilt als ziemlich sicher. Ueber die Besetzung des Volkes des ersten Vizepräsidenten besteht noch keine Einigkeit, da Deutschnationale und Kommunisten, die beide über je 14 Abgeordnete verfügen, Anspruch auf den ersten Stellvertreter des Landtagspräsidenten erheben.

Die Gemeindevahlen in Polnisch-Oberschlesien.

* Deutschen. Von den Gemeindevahlen in Polnisch-Oberschlesien liegen nunmehr endgültige Wahlslisten aus den Wahlkreisen Rattowitz-Stadt, Königshütte-Stadt, Landkreis Rattowitz und Kreis Schwientochlowitz vor. Die Wahl der gültigen Stimmen betrug in diesen vier Kreisen 240 953. Daraus entfielen auf die deutsche Wahlgemeinschaft und die deutschen Sozialisten 132 063, auf die rein polnischen Parteien 89 551 und auf die gemischten Parteien 19 339, davon 4840 auf die Ruffos-Gruppe, 6357 auf die Kommunisten und 8042 auf die national gemischten Mittel- und Wirtschaftsparteien. Dieses endgültige amtliche polnische Wahlergebnis bekräftigt den großen Sieg des Deutschtums im Industriegebiet, wozu die vier genannten Kreise gehören. Bezeichnend ist auch, daß beispielsweise im Landkreis Rattowitz bei dem Ablegung im Jahre 1921 66 191 polnische Stimmen und 52 892 deutsche abgegeben wurden, bei den jetzigen Gemeindevahlen dagegen 42 780 deutsche und nur 34 830 polnische.

Prüfung der Kriegsschuldfrage beantragt.

Ein Antrag im Reichstag.

* Berlin. Im Reichstag ist zu der heute Dienstag beginnenden Aussprache Debatte ein Antrag sämtlicher bürgerlicher Parteien eingebracht, der die Reichregierung ersucht, in eine Prüfung der Frage einzutreten, wie weit die Aussagen des Völkerbundes und des ständigen Internationalen Gerichtshofes Möglichkeiten bieten, eine Prüfung der Kriegsschuldfrage durch diesen Gerichtshof zu erreichen.